

Beschlussempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuss)

zu dem Gesetzentwurf der Abgeordneten Stephan Brandner, Adam Balten, Marc Bernhard, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 21/332 –

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der Haftung von Bundesministern bei Amtspflichtverletzungen

A. Problem

Die Fraktion der AfD beklagt staatliche Fehlentscheidungen, die konkreten Entscheidungsträgern zugeordnet werden könnten. Es bestehe eine Regelungslücke, die Bundesminister gegenüber anderen Amtsträgern privilegiere.

Sie schlägt daher vor, im Bundesministergesetz eine Regelung zu schaffen, die eine Haftung der Bundesminister vorsieht.

B. Lösung

Ablehnung des Gesetzentwurfs mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Gesetzentwurfs.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf auf Drucksache 21/332 abzulehnen.

Berlin, den 26. November 2025

Der Innenausschuss

Josef Oster
Amtierender Vorsitzender

Florian Oest
Berichterstatter

Dr. Christian Wirth
Berichterstatter

Ingo Vogel
Berichterstatter

Marcel Emmerich
Berichterstatter

Jan Köstering
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Florian Oest, Dr. Christian Wirth, Ingo Vogel, Marcel Emmerich und Jan Köstering

I. Überweisung

Der Gesetzentwurf auf **Drucksache 21/332** wurde in der 10. Sitzung des Deutschen Bundestages am 5. Juni 2025 an den Innenausschuss federführend sowie an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz und den Verkehrsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat im Umlaufverfahren am 26. November 2025 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 21/332 empfohlen.

Der **Verkehrsausschuss** hat in seiner 14. Sitzung am 25. November 2025 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 21/332 empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Innenausschuss** hat den Gesetzentwurf auf Drucksache 21/332 in seiner 17. Sitzung am 26. November 2025 abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Berlin, den 26. November 2025

Florian Oest
Berichtersteller

Dr. Christian Wirth
Berichtersteller

Ingo Vogel
Berichtersteller

Marcel Emmerich
Berichtersteller

Jan Köstering
Berichtersteller

